

Haroldstraße 14 • D-40213 Düsseldorf
Tel. 0211-994160 • Fax 0211-9941615
info@landesintegrationsrat-nrw.de
www.landesintegrationsrat.nrw



Düsseldorf, 27.01.2021

Stellungnahme des Landesintegrationsrates NRW zur Anhörung der Enquetekommission IV am 01.02.2021 zum Thema "Gesellschaftliche Teilhabe, Partizipation und bürgerliches Engagement"

Vorbemerkung

Einsamkeit und sozialer Isolation wie auch der psychischen Gesundheit insgesamt kommen im Kontext von Migration und Integration besondere Bedeutung zu. Migrationsprozesse sind immer verbunden mit unterschiedlichen Erfahrungen von Zurücklassen, Entkopplung, dem Verlust von Zugehörigkeit und Vertrautheit. Das Ankommen in der Aufnahmegesellschaft wiederum bedeutet häufig psychischen Stress, ausgelöst durch „wirtschaftliche Not, enge Wohnverhältnisse, Trennung von nahen Familienangehörigen, unsichere[m] Rechtsstatus, Sprachbarrieren, kulturell bedingte Missverständnisse, ablehnendes Klima im Aufnahmeland, Ausbleiben einer adäquaten medizinischen Behandlung (z. B. bei Traumatisierungen),“ wie Hax-Schoppenhorst feststellt.¹ Ausgeprägt sind derartige Erfahrungen vor allem bei Geflüchteten, die von den oben aufgeführten Stressfaktoren besonders betroffen sind. Gefühle der Einsamkeit sind fast zwangsläufig die Folge.

Dabei geht es nicht nur um Menschen, die erst kürzlich nach Deutschland eingewandert sind. Bleiben Stressfaktoren bestehen, ist also beispielsweise der Aufenthalt dauerhaft unsicher, die Wohn- oder Arbeitsplatzsituation über Jahre prekär, verstetigen sich psychische Ausnahmesituationen. Auch an Menschen mit internationaler Familiengeschichte ist zu denken, die bereits seit Jahren oder Jahrzehnten in Deutschland leben, möglicherweise sogar die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Brechen soziale Netzwerke und sinnstiftende oder tagesstrukturierende Elemente durch Auszug der Kinder, Trennung, Jobverlust oder Tod von Angehörigen/Freunden etc. weg, droht auch hier Vereinsamung.

Die Forderung nach sozialer Integration von Menschen mit internationaler Familiengeschichte, um Einsamkeit und sozialer Isolation vorzubeugen, ist daher richtig. Tatsächlich reicht soziale Integration jedoch nicht aus, versteht man darunter – nach David

¹ Hax-Schoppenhorst, Thomas. „Quälender Abstand: Einsamkeit – eine entscheidende Herausforderung.“ In: IZPP. Ausgabe 2/2018. Themenschwerpunkt „Einsamkeit und Gemeinsamkeit“, S. 6.

Lockwood – die „Beziehung zwischen handelnden Individuen“.² Die Anerkennung und die funktionierende Kommunikation einzelner Menschen sind tatsächlich nur Komponenten eines umfangreicheren Prozesses, zu dessen Verdeutlichung das Konzept von Friedrich Heckmann herangezogen werden kann.

Demzufolge bestehen neben sozialer Integration drei weitere Dimensionen von Integration: Strukturelle Integration, wozu u.a. die rechtliche Integration und die Teilhabe am Bildungssystem und am Arbeitsmarkt gehört; kulturelle Integration, die sich auf das Erlernen der deutschen Sprache und das Verinnerlichen von Werten und Normen bezieht, wobei Kultur als etwas im stetigen Wandel verstanden wird und Integrationsprozesse auch zu Veränderungen der Kultur der aufnehmenden Gesellschaft führen; und Identifikatorische Integration, also das Gefühl der Zugehörigkeit zur nationalen Gemeinschaft.³ Hier wird deutlich, dass „Integration“ nicht „Assimilation“ meint, das heißt eine einseitige Forderungshaltung an Menschen mit internationaler Familiengeschichte nach Anpassung. Vielmehr sollte offenkundig sein, dass ohne ein Angebot der Aufnahmegesellschaft in allen vier Dimensionen keine Integration stattfinden kann. So erklärte Heckmann hinsichtlich der identifikatorischen Integration bereits 1997, „daß es gewissermaßen eines Identifizierungsangebots seitens der deutschen Gesellschaft fehlt, wie das in klassischen Einwanderungsländern typischerweise der Fall ist“.⁴

Zwar hat sich Deutschland mittlerweile zum Einwanderungsland erklärt, dennoch fehlt dieses Identifikationsangebot vielfach. In diesem Zusammenhang sind auch Debatten über eine deutsche „Leitkultur“ und andere öffentliche Diskussionen zu nennen, die wiederkehrend die sogenannte „Integrationsfähigkeit“ von eingewanderten Menschen und ihren Nachkommen infrage stellen. Diese Debatten, die auch von Vertreterinnen und Vertretern der demokratischen Parteien mitgetragen und befeuert werden, schaffen eine gesellschaftliche Stimmung, die dazu beigetragen hat, dass sich Bewegungen wie Pegida und Parteien wie die AfD gebildet haben und Rassismus und Ressentiments insgesamt zunehmen. Die Grenzen des Sagbaren werden verschoben und das gesellschaftliche Klima nachhaltig vergiftet, beispielsweise durch Aussagen des heutigen AfD-Europaabgeordneten Nicolaus Fest. So brachte er seine menschenfeindlichen Einstellungen z.B. 2017 mit der Aussage zu Ausdruck, man müsse den „Satz von Max Frisch, dem zufolge wir Gastarbeiter riefen, aber Menschen bekamen, vielleicht korrigieren: Wir riefen Gastarbeiter, bekamen aber Gesindel“⁵. Ausdrücklich zu nennen sind allerdings auch vorurteilsbeladene Auslassungen des ehemaligen Bundesinnenministers Thomas de Maizière über Geflüchtete⁶, die skandalöse Aussage des amtierenden Bundesinnenministers Horst Seehofer, die Migrationsfrage sei die „Mutter aller politischen Probleme“⁷, die zahlreichen

² Siebel, Walter: „Soziologische Dimensionen von Integration und Fremdheit in der Stadt.“ In: Archiv für Sozialgeschichte 46, 2006. S. 467.

³ Heckmann, Friedrich. „Integration und Integrationspolitik in Deutschland.“ Beitrag zum Internationalen Forum „Migration und Mittelmeer“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, Rom, 3.-4. November 1997. efms Paper Nr. 11, S. 1ff.

⁴ Ebd., S. 6.

⁵ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/afd-bundestagskandidat-anzeige-gegen-nicolaus-fest-wegen-volksverhetzung/19600292.html>, letzter Abruf: 27.01.2021.

⁶ <https://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-thomas-de-maiziere-minister-fuer-innere-unruhe-1.2726874>, letzter Abruf: 27.01.2021.

⁷ <https://www.tagesspiegel.de/politik/innenminister-nach-chemnitz-seehofer-nennt-migration-mutter-aller-politischen-probleme/23002186.html>, letzter Abruf: 27.01.2021.

Kopftuchdebatten oder bundesweit und in aller Ausführlichkeit diskutierte Straftaten von Migranten, bei denen sich die demokratischen Parteien als Wasserträger für Rechtspopulisten und -extremisten zur Verfügung gestellt haben. Die Rolle der Medien in diesen Debatten ist dabei häufig eine unrühmliche.

Viele Menschen mit internationaler Familiengeschichte erleben Ausgrenzung und Rassismus in ihrem alltäglichen Leben. Die Folgen für das Zugehörigkeitsgefühl der Menschen sind fatal. Paradoxaerweise wird häufig gerade bemängelt, dass sich viele Menschen mit internationaler Familiengeschichte nicht bzw. zu wenig mit Deutschland identifizieren und sich dem Herkunftsland zuwenden würden. Auch in den übrigen Dimensionen der Integration gibt es seitens der Aufnahmegesellschaft an vielen Stellen Verbesserungsbedarf. Menschen, die selbst oder deren Eltern oder Großeltern eingewandert sind, People of Color oder Menschen, die als (vermeintlich) muslimisch identifiziert werden, sind in beinahe allen Lebensbereichen mit Diskriminierungen konfrontiert, wie Eingangs bereits angerissen wurde.

Wer zwar seinen Lebensmittelpunkt in Deutschland hat, aber nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, ist vom aktiven und passiven Wahlrecht auf allen Ebenen ausgeschlossen (abgesehen von der Wahl zu den Integrationsräten in NRW und ähnlichen Gremien in anderen Bundesländern) und muss weitere Einschränkungen bei der politischen Partizipation hinnehmen. Ausgenommen sind EU-Bürgerinnen und Bürger, die seit 1992 das kommunale Wahlrecht besitzen. Obwohl faktisch die exklusive Verknüpfung von deutscher Staatsangehörigkeit und (kommunalem) Wahlrecht aufgelöst wurde, besteht seither eine Abstufung der politischen Rechte für Ausländerinnen und Ausländer abhängig vom Herkunftsland.

Unabhängig von der Staatsangehörigkeit haben Menschen mit internationaler Familiengeschichte weniger Chancen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, die Potenziale ihrer Kinder bleiben in der Schule meist unbeachtet, in der Pflege gibt es kaum kultursensible Angebote, ebenso im Gesundheitssystem. Die Versorgung von Menschen mit internationaler Familiengeschichte im Sozial- und Gesundheitswesen ist deutlich schlechter als bei der übrigen Bevölkerung.⁸

An dieser Stelle soll wieder an die Ausgangsüberlegungen angeschlossen werden. Aufgrund traumatischer Erlebnisse im Herkunftsland, dem Migrationsprozess und den Lebensbedingungen in Deutschland besteht für Menschen mit internationaler Familiengeschichte ein besonders hohes Risiko für psychische Erkrankungen.⁹ In Zusammenhang mit der Frage der Einsamkeit und der sozialen Isolation muss sicherlich betrachtet werden, welche Erfahrungen individuell vorhanden sind und wie umfassend der Ausschluss aus der Gesellschaft durch Beschränkungen des Zugangs zu Arbeitsmarkt, Bildungssystem, Sport- und Kultureinrichtungen tatsächlich ist. Auch mit Blick auf Menschen, die schon lange in Deutschland leben oder hier geboren sind, sollten die Auswirkungen von Diskriminierung und Rassismus hervorgehoben werden. Nach Angaben der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN) haben Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen teils gravierende Folgen für die psychische

⁸ „Positionspapier der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN) um Thema: Perspektiven der Migrationspsychiatrie in Deutschland.“ DGPPN, Nr. 14 / 13.09.2012, S. 1ff.

⁹ Ebd. / Hax-Schoppenhorst, Thomas. S. 6.

Gesundheit der Betroffenen.¹⁰ Auch die gesellschaftlichen Konsequenzen durch Abwendung von der Mehrheitsgesellschaft und kompensatorische Verhaltensweisen wie Hinwendung zu Religion und stärkere Identifikation mit dem Herkunftsland müssen dabei bedacht werden.¹¹

Vor diesem Hintergrund kommt dem bürgerschaftlichen – oder besser: freiwilligen – Engagement der Menschen mit internationaler Familiengeschichte eine große Bedeutung zu. Wenn auch die Organisationslandschaft äußerst heterogen ist, so lässt sich dennoch feststellen, dass gerade Migrantenorganisationen wichtige Funktionen als „Kontaktbörsen, soziale Netzwerke (Sozialkapital), Interessenvertretungen; Plattformen für Aktivierung privater Selbsthilfe“ einnehmen.¹² Sie fördern aber auch die Teilhabe in Bereichen, zu denen Menschen mit internationaler Familiengeschichte sonst schlechteren Zugang haben, wie z.B. im Bildungsbereich, und gelten somit als „Katalysator für die Integration und Partizipation sowie die Stärkung des sozialen Zusammenhalts“.¹³ Sofern die engagierten Personen in Organisationen oder anderen Strukturen zusammengeschlossen sind, sind sie heute als wichtige zivilgesellschaftliche Akteure weitestgehend anerkannt. Grundsätzlich wird ihr Engagement jedoch noch immer unterschätzt.

Aufbauend auf diese Vorbemerkungen wird im Folgenden auf einige der Fragen des Katalogs eingegangen.

1) Wie ist es in Nordrhein-Westfalen um bürgerschaftliches Engagement bestellt?

In Hinblick auf das Engagement von Menschen mit internationaler Familiengeschichte lässt sich die Frage nur ungenau beantworten. Sicherlich findet ein großer Teil des Engagements in Migrantenorganisationen (MO) statt. Ihre Zahl beziffert der Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) in seiner im Dezember 2020 veröffentlichten Studie mit 4.122 für NRW bei ca. 12.400 bis 14.300 Migrantenorganisationen bundesweit.¹⁴

Die Tätigkeitsbereiche der Organisationen und Vereine sind vielfältig und reichen von gesundheits- und pflegerischen Tätigkeiten, über Jugendarbeit, Frauen-spezifischen Angeboten, Unterstützung von Geflüchteten bis hin zu umweltbezogenen Themen. Besonders häufig fungieren Migrantenorganisationen als Kontaktstelle zwischen Menschen mit und ohne internationale Familiengeschichte und fördern so den Austausch.¹⁵ Ihre umfangreichen Tätigkeiten sind aus der Organisationslandschaft der engagierten Zivilgesellschaft nicht mehr wegzudenken. Sie übernehmen Scharnier- und Brückenfunktionen, helfen Neuankommenden bei der Orientierung und erbringen somit

¹⁰ „Positionspapier: Auswirkungen von Rassismus auf die psychische Gesundheit von Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund sowie ethnische Minderheiten und ‚People of Color‘.“ DGPPN, Berlin: 12.11.2020, S. 3.

¹¹ Klie, Anna Wiebke. „Migration und Engagement.“ In: Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht, Hrsg. Klie, Anna Wiebke und Klie, Thomas. Wiesbaden 2018: Springer VS, S. 482.

¹² Ebd., S. 471.

¹³ Ebd., S. 429.

¹⁴ „Vielfältig engagiert – breit vernetzt – partiell eingebunden? Migrantenorganisationen als gestaltende Kraft in der Gesellschaft.“ Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR-Forschungsbereich) 2020. Berlin: 2020, S. 6, 14.

¹⁵ Ebd., S. 41f.

erhebliche Integrationsleistungen. Sie sind Anlaufstellen für Ratsuchende, Menschen mit wenigen sozialen Kontakten oder solchen, die aufgrund der beschriebenen gesellschaftlichen Ausgrenzungsmechanismen Gleichgesinnte bzw. Personen in vergleichbaren Lagen suchen.

Des Weiteren kann davon ausgegangen werden, dass in Nordrhein-Westfalen, wie in anderen Bundesländern auch „Migrantinnen und Migranten vielfältig, eher in informellen sozialen Netzwerken (z.B. im Umfeld von Verwandtschaft, Nachbarschaft) und in Bereichen der gegenseitigen Hilfe und Selbsthilfe in ihren ethnischen Gemeinschaften aktiv sind [...]“¹⁶ Freiwilliges Engagement findet darüber hinaus auch im politischen Bereich statt, allerdings sind Menschen mit internationaler Familiengeschichte nach wie vor in Parteien und Parlamenten unterrepräsentiert. In NRW und manchen anderen Bundesländern ist die Möglichkeit der politischen Teilhabe über die kommunalen Integrationsräte bzw. -ausschüsse und den Landesintegrationsrat gegeben. Nach den letzten Integrationsratswahlen im Jahr 2020 gibt es in unserem Bundesland 101 Integrationsräte und 7 Integrationsausschüsse. 4083 Personen hatten sich im Vorfeld für ein Ehrenamt zur Verfügung gestellt, 1186 davon wurden tatsächlich in die Gremien gewählt.

2) Hat sich die Situation für bürgerschaftliches Engagement in den letzten Jahren verändert? Wenn ja, wie?

Die Rolle der MO für das freiwillige Engagement ist in den letzten Jahren größer geworden. Ihre Zahl hat sich bundesweit seit 2004 verdoppelt.¹⁷ Sie arbeiten teilweise professionell und beschäftigen gelegentlich hauptamtliches Personal. Manchmal, aber deutlich zu selten, erhalten sie Fördermittel aus Landes- oder Bundesprogrammen. Eine Veränderung hat aber insbesondere in ihrer Wahrnehmung stattgefunden. Standen MO lange in der Kritik, Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft zu begünstigen und damit die Integration der Mitglieder zu behindern, sieht man MO heute vielmehr als Motoren der Integration.

Auch andere Formen des Engagements bekommen mehr Aufmerksamkeit, gerade die ehrenamtliche Arbeit von Muslimen erfährt mehr Wertschätzung durch die Politik. Dagegen hat die integrationsfördernde Wirkung und aus demokratischer Sicht erforderliche Förderung des politischen Engagements wenig Beachtung erfahren.

Gerade für die Integrationsräte in NRW gilt, dass sie nach wie vor regelmäßig mit Vorwürfen konfrontiert sind und ihre Existenz rechtfertigen müssen. So wird ihnen einerseits vorgeworfen, sie könnten kaum etwas bewirken, andererseits tut man sich schwer damit, ihnen Entscheidungskompetenzen einzuräumen. Und auf der einen Seite wird eine angeblich niedrige Beteiligung bei den Integrationsratswahlen beklagt, andererseits aber verkannt, dass Integrationsräte kaum in der Lage sind, ihre Wahl zu bewerben. In den Städten, wo die Bewerbung der Wahl unterstützt wird – z.B. durch finanzielle Mittel – ist auch eine höhere Wahlbeteiligung erkennbar. Klar sollte sein: politisches Engagement in den Integrationsräten verdient Anerkennung und Unterstützung, zeugt es nicht zuletzt davon, dass Menschen sich in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld einbringen und Verantwortung

¹⁶ Klie, Anna Wiebke. S. 429.

¹⁷ „Vielfältig engagiert – breit vernetzt – partiell eingebunden.“ S. 4.

übernehmen möchten. Die Bedeutung von Möglichkeiten zu politischer Teilhabe als Voraussetzung für Integration wird zu wenig erkannt.

6) Wer engagiert sich freiwillig und was sind Hürden für ein bürgerschaftliches Engagement?

Als förderlich für bürgerschaftliches oder freiwilliges Engagement gelten ganz allgemein vor allem eine gute Einkommenssituation und ein hohes Bildungsniveau. Andersherum bedeutet das, dass sich geringere Bildungschancen und Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt negativ auswirken.¹⁸ Wie oben beschrieben, sind Menschen mit internationaler Familiengeschichte häufig von Bildungsungerechtigkeit und Diskriminierung im Erwerbsleben betroffen. Dies zeigt deutlich, dass für das freiwillige Engagement erhebliches Potenzial brachliegt. Der entschiedenen Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung, dem Wandel hin zu einer inklusiven Gesellschaft und die Schaffung eines pluralistischen Verständnisses von Deutschtum kommt also auch bei der Förderung freiwilligen Engagements große Bedeutung zu.

Umso erstaunlicher angesichts wenig förderlicher Rahmenbedingungen ist das stark angewachsene Engagement in Migrantenorganisationen und das anhaltende Interesse an politischer Partizipation. Dabei engagieren sich erfahrungsgemäß in Migrantenorganisationen sehr viele Menschen mit niedrigen und mittleren Schulabschlüssen. Und für die Integrationsrate kann festgestellt werden, dass nur ca. ein Viertel der direkt gewählten Mitglieder einen Hochschulabschluss hat.

10) Welche Rolle spielt bürgerschaftliches Engagement bei der Stärkung sozialer Beziehungen und für die Prävention und Überwindung von Einsamkeit?

- Siehe S. 3 f.

11) Welche praktischen Herausforderungen haben Anbietende bürgerlichen Engagements? Wie müssen Rahmenbedingungen ggf. angepasst werden? Was könnte aus Ihrer Sicht verbessert werden?

Anbietende bürgerschaftlichen Engagements, die keine Migrantenorganisationen sind, können durch eine gezieltere Ansprache mehr Menschen mit internationaler Familiengeschichte für sich gewinnen. Wie für andere Bereiche gilt auch hier, dass eine Öffnung stattfinden muss, damit alle gesellschaftlichen Gruppen angesprochen werden. Das gelingt umso eher, je mehr das Angebot der Organisation oder des Vereins auf die Bedürfnisse der Menschen mit internationaler Familiengeschichte ausgerichtet ist. Zudem gilt es, sie nicht nur als Mitglieder zu gewinnen, sondern ihnen auch innerhalb der Organisation Perspektiven zu bieten und sie in verantwortungsvolle Positionen zu bringen.

Engagement findet, wie erwähnt, häufig in informellen Netzwerken statt. Eine finanzielle Förderung schließt sich hier aus. Allerdings könnten derartige Strukturen und individuelle

¹⁸ Klie, Anna Wiebke. S. 453 ff.

Hilfsangebote stärker in die Quartiersarbeit einbezogen werden. Dies birgt die Chance, sozialräumliche Identifikationen zu stärken und auch die alters- und kultursensible Quartiersentwicklung stärker im Blick zu behalten. Da davon ausgegangen werden kann, dass viele der nachbarschaftlich Engagierten auch in Organisationen tätig sind, kann auch darüber nachgedacht werden, wie diese Verbindungen stärker genutzt werden können.

Die Leistungen von Migrantenorganisationen und ihre Rolle als zivilgesellschaftliche Akteurinnen werden in Deutschland mittlerweile weitestgehend anerkannt. Dennoch haben sie nach wie vor mit mangelnder Wertschätzung zu kämpfen oder damit, dass sie keine Förderung erhalten und ihr Angebot mit ausschließlich ehrenamtlicher Arbeit gestemmt werden muss. „Die Chancen auf Förderung steigen erheblich, wenn MO hauptamtliche Strukturen aufweisen und ihre Tätigkeiten auf Integration ausgerichtet sind.“¹⁹ Es wäre von daher sinnvoll, verstärkt auch in Bereichen wie Bildung oder sozialem Engagement Förderung zu ermöglichen, die nicht unmittelbar die Integration von Menschen mit internationaler Familiengeschichte zum Ziel haben. Im Sinne der Bekämpfung von Einsamkeit und sozialer Isolation könnten darüber hinaus Funktionen von Organisationen als Begegnungsorte und Angebote wie Sozialisations- und Orientierungshilfen, soziale Vernetzung etc. stärker in den Blick genommen und als Förderungsgrund aufgenommen werden.

Des Weiteren wäre eine stärkere Fokussierung auf politisches Interesse wünschenswert. Die Möglichkeit, in Entscheidungsprozesse zur Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes eingebunden zu sein, hat enormes integrationsförderndes Potenzial. Deshalb sollten neu Eingewanderte möglichst rasch in eine sichere Aufenthaltssituation gebracht werden und eine Perspektive für ihr weiteres Leben in Deutschland erhalten, damit die Voraussetzungen für politisches Engagement gegeben sind.

Integrationsräte sind hierfür eine gute, niedrighschwellige Möglichkeit. Zugleich sind sie fester Bestandteil der demokratischen Strukturen Nordrhein-Westfalens und als solche in der Gemeindeordnung NRW verankert. Ihre Bedeutung für die politische Beteiligung und ihre Funktion als kommunale Fachgremien wie auch als wichtige Kontaktstelle zwischen der Bevölkerung mit und ohne internationale Familiengeschichte werden insgesamt für das gesellschaftliche Zusammenleben noch unterschätzt. Es bedarf deutlicher öffentlicher Wertschätzung der ehrenamtlichen Arbeit in diesen Gremien und Verbesserungen und Konkretisierungen der rechtlichen Grundlagen. Daneben muss auch die Öffnung aller anderen Bereiche der politischen Beteiligung vorangetrieben werden; insbesondere braucht es endlich die Gleichstellung aller Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und die Einführung des Kommunalwahlrechts für diejenigen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Weiterhin muss die interkulturelle Öffnung der Parteien und der Partei- und Regierungsprogramme vorangetrieben werden. Die stärkere Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung mit internationaler Familiengeschichte in der deutschen und der nordrhein-westfälischen Politik ist wesentliches Element einer gerechteren Gesellschaft, in der sich keiner ausgegrenzt fühlt.

¹⁹ „Vielfältig engagiert – breit vernetzt – partiell eingebunden.“ S. 7.

13) Womit haben Sie gute Erfahrungen gemacht, um bürgerschaftliches Engagement zu stärken?

Sicherlich ist das Entgegenbringen von Anerkennung und Wertschätzung von großer Bedeutung, um einzelne Akteurinnen und Akteure, aber auch ganze Organisationen zu motivieren und in ihren Tätigkeiten zu unterstützen. Daher kann der Besuch der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters oder anderen politischen Verantwortungsträger/innen bei der Organisation bzw. lobende Worte in einem Brief o.ä. große Wirkung entfalten. Darüber hinaus sollte Engagement insbesondere von Menschen mit internationaler Familiengeschichte sichtbarer gemacht werden und mehr Beachtung in den Medien und der Stadtgesellschaft finden.

Nach Ansicht des Landesintegrationsrates ist es aber am Wichtigsten, nachhaltige Strukturen zu entwickeln, Verbindlichkeiten zu schaffen und das Gelingen von Projekten und anderen Vorhaben nicht vom guten Willen einzelner Personen abhängig zu machen. Das gilt umso mehr im politischen Bereich, wo trotz überzeugender Argumente zur stärkeren Einbindung von Menschen mit internationaler Familiengeschichte nicht viel passiert. Am Beispiel der Integrationsräte in NRW wird es am deutlichsten: Es kann nicht allein am Wohlwollen einiger Integrationsratsmitglieder, Verwaltungsmitarbeiter/innen oder Ratsmitglieder liegen, ob die Gremien etwas für die Integrationspolitik vor Ort bewegen können. Dafür braucht es auch und vor allem klare Regelungen und Vereinbarungen, auf die die Engagierten zurückgreifen können.